

Freischwebende Emotionen

Lehren aus der bayerischen Landtagswahl 2018

MICHAEL WEIGL

Das Ergebnis der bayerischen Landtagswahl 2018 als historisch zu bezeichnen, ist nicht übertrieben. Mehr Parteien, mehr Polarisierung, eine neu sortierte Opposition, eine neue Regierungskoalition: Kaum ein Stein bayerischer Politik, der 2018 auf dem anderen blieb. Gleichwohl steht die neue schwarz-orangene Koalition im Freistaat mehr für Kontinuität denn für einen Neuanfang – und weiß sich in dieser Kurssetzung durchaus demokratisch legitimiert.

Die bayerischen Wählerinnen und Wähler votierten für Veränderung, nicht für Revolution. Abgewählt wurde ein „Weiter so“, eine tatsächliche Wechselstimmung aber war ausgeblieben. Die Mitte-Rechts-Kräfte im Freistaat haben nicht an Zustimmung verloren, sondern wurden bestätigt. Nach 120 Mandaten in der vorherigen Legislaturperiode, und damit 66,7 Prozent der insgesamt 180 Mandate, stellen sie nunmehr sogar 145 von insgesamt 205 Abgeordneten, also 70,7 Prozent. Zwar lässt der Ausgawert solcher Rechenspiele kontinuierlich nach: So wie die AfD nicht eindeutig dem demokratisch-konservativen Spektrum zuzuordnen ist, da sie ebenso radikale wie extreme Stimmen hinter sich vereint, so ist auch eine Verortung der Grünen „links der Mitte“ immer weniger zeitgemäß. So wie die Zersplitterung der Parteienlandschaft rechts von der Mitte weiter vorangeschritten ist, so verliert auch das Lager links der Mitte an Substanz.

Deutlich aber ist, dass die Bayern nicht für eine fundamentale Neuausrichtung der Politik gestimmt haben, sondern gegen die Alleinregierung der CSU und ihren zuweilen gepflegten Stil der schrillen Töne und überspitzten Gegensätze. Deren Klientel erwartet nicht nur eine kraftvolle Politik, sondern ebenso Ernsthaftigkeit und Seriosität in Tonalität und Politikgestaltung.

Eingezwängt zwischen einer demokratischen Rechten, die nach alten Sicherheiten und Selbstverständnissen verlangt, und einer liberal wie postdemokratisch voranschreitenden Mitte, wurden die Christlich-Sozialen im Wahlkampf zerrieben – und zerrieben sich zur Freude der Anderen selbst. Der Liebesentzug, mit dem sich die CSU seit Jahren konfrontiert sieht und der in der Landtagswahl seinen neuen Höhepunkt erreicht hat, ist augenscheinlich: Sonnte sich die Partei einst in einer fast kultischen Verehrung ihrer treuen Anhängerschaft als Synonym für Bayern, wurde ihr Debakel 2018 von Beobachtern wie Bürgern in fast nüchterner Gleichgültigkeit zur Kenntnis genommen – all ihren Emotionalisierungsbemühungen im Wahlkampf zum Trotz.



GIPS MODELL

Wahlen werden über Emotionen gewonnen, Polarisierung führt zu Emotionalisierung: Diese einfache Regel aus den Handbüchern erfolgreicher Wahlkampfführung traf auch für das bayerische Wahljahr 2018 zu. Jedoch hat sich vieles seit den Zeiten eines Franz Josef Strauß oder eines Herbert Wehner geändert. Früher waren die Emotionen eingebettet in Ideologien, die dem Parteienwettbewerb Kontur gaben und von einer ideologisierten Anhängerschaft getragen wurden. Inzwischen haben der Konservatismus, die sozialdemokratische Idee und der Liberalismus an strukturierender Kraft eingebüßt. Die in der Folge freischwebenden Emotionen haben eine neue Heimat gefunden, die sich entlang einer gesellschaftlichen Konfliktlinie verorten lässt, die immer deutlichere Konturen gewinnt.

Auf der einen Seite dieser Konfliktlinie befinden sich diejenigen, die angesichts der Unsicherheiten einer globalisierten Welt, einer beschleunigten Umwelt und einer destrukturierten Gesellschaft für eine Schärfung nationaler Identitäten und Staatsverständnisse eintreten. Ihnen gegenüber positionieren sich diejenigen, welche die Zukunft in mehr Globalisierung und Supranationalität, verbunden mit einer schleichenden Infragestellung des alten Konzeptes der Nationalstaaten, sehen. Es ist dies ein kultureller Konflikt, in dem Bekenntnisse der persönlichen Geisteshaltung und des eigenen Standortes Konjunktur haben; in dem diffuse Stimmungen mehr wiegen als konkrete Inhalte.

Profiteure des weit verbreiteten Gefühls, sich in diesem Konflikt positionieren zu müssen, sind im bundesdeutschen wie im bayerischen Parteiensystem die Grünen einerseits und die AfD andererseits. Sie stellen die Pole dar, welche die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung politisch abbilden. Mit ihrer Wahl verbindet sich nicht nur ein demokratischer Auftrag. Mit ihrer Wahl einher geht das Statement einer Geisteshaltung. Verkannt zu haben, dass in einer solchen Situation jede Polarisierung und Emotionalisierung nur diesen Polen nutzt, nicht aber dem eigenen Profil und der eigenen Mobilisierung, war der zentrale Fehler des CSU-Wahlkampfes.

„Wir brauchen eine neue Kultur des Parteienwettbewerbs“

Der CSU gelang es zu emotionalisieren, jedoch stärkte sie dabei nur die Grünen und die AfD und beschädigte die Marke CSU weiter. Freie Wähler und FDP profitierten ebenfalls von diesem Strategiefehler der CSU und zogen als „bürgerliches Korrektiv“ nicht zuletzt solche Wählerinnen und Wähler von ihr ab, die sich nach mehr stabilisierender Mitte sehnten. Die bayerische SPD schließlich hatte dieser Emotionalisierung in Polarisierung nichts entgegenzusetzen, hatte in ihrem Lager niemanden, von dem sie hätte profitieren können.

Vieles deutet darauf hin, dass die Polarisierungstendenzen der deutschen und bayerischen Gesellschaft kein situatives Phänomen sind. Nicht nur sind ähnliche – und zum Teil schon weiter fortgeschrittene – Prozesse in anderen westlichen Demokratien zu beobachten. Auch scheinen die beiden Pole des Konfliktes immer verhärteter. Beide erzählen eigene Identitätsnarrative, erzählen sich andere Geschichten der deutschen Vergangenheit. Um diesem Phänomen politisch zu begegnen, aber bedarf es einer neuen Kultur des Parteienwettbewerbs.

Noch funktioniert der Parteienwettbewerb in Bayern – der Landtagswahlkampf hat dies abermals verdeutlicht – weitgehend wie in Zeiten einer alles dominierenden, ideologisch verorteten 50+x-CSU. Zwar immer seltener, aber doch immer noch regelmäßig gebärdet sich die christlich-soziale Parteispitze als omnipotenter bayerischer Löwe und vergisst dabei, dass lautes Brüllen und die Attitüde der Macht nur dem abgekauft werden, der tatsächlich stark ist. Für alle anderen Parteien ist die CSU dagegen immer noch das Feindbild Nr. 1, an dem man sich abarbeiten und den man bekämpfen muss wie in den „guten alten Zeiten“. Not tate, von dieser Konstellation wegzukommen, die den Umgang mit den neuen gesellschaftlichen Realitäten nur destruktiv, also in weiterer Polarisierung, zulässt, nicht aber positiv, also in ihrer Überwindung.

Dafür aber müsste auch die öffentliche (und veröffentlichte) Meinung mitziehen. Miteinander zu sprechen, kompromissbereit zu sein und sich „in der Mitte zu treffen“, hat in einer Demokratie nichts mit Profillosigkeit zu tun. Die Feststellung von Markus Söder nach seiner erneuten Wahl zum Ministerpräsidenten, das Ringen um das Beste mache den Parlamentarismus stark, „nicht das Verächtlichmachen des anderen“, lässt hoffen, dass die CSU eine Lektion aus dem Wahlkampf gelernt hat. Gewonnen aber ist bislang nichts. ■



Dr. Michael Weigl, 47, geboren in München, ist Akademischer Beamter am Lehrstuhl für Politikwissenschaft der Universität Passau. Sein besonderes Interesse gilt Fragen des Regierens und des (partei)politischen Wettbewerbs, mit besonderem Schwerpunkt auf bayerischer Landespolitik. Der gebürtige Münchner arbeitete sechs Jahre am Centrum für angewandte Politik (CAP) in München.



Karikatur: Horst Hätzinger